

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugshändlern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-21, Osterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Stachthunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 M., für Familienanzeigen 0,20 M., für die Restanzeigen anschließend an den dreißigtägigen Teil einer Zeitschrift 1,50 M., Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Osterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 4. Oktober 1928

Nummer 233

Was unter SPD-Führern üblich ist

Der ADB-Bundesvorstand zum Fall Leipart Er begrüßt das Geburtstagsgeschenk

Im Vorwärts vom 3. Oktober nehmen zwei Instanzen zum Fall Leipart das Wort: der Finanzausschuss der Arbeiterbank und der Bundesvorstand des ADB.

Der Finanzausschuss der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG spricht zunächst von „bewusster Fälschung“ und „tendenziöser Verdrehung“ der kommunikativen Fiktion, die er als „Journalist“ beschimpft. Also, alles ist Fälschung! Zeitungsverleger räumt der Finanzausschuss unmittelbar darauf folgende Tatsachen ein:

1. Der Finanzausschuss der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG hat im Mai 1927 beschlossen, ihm zu seinem 80. Geburtstag ein Grundstück als Ehrengabe zu stiften. Die Anregung zu diesem Geschenk ist nicht von der Bankleitung, ausgedienter Direktor Bernh. Meier gehörte, ausgegangen, sondern von Mitgliedern des Finanzausschusses. Die Bankleitung, die im Finanzausschuss nur Vorklage-recht und kein Stimmrecht hat, hatte einen anderen Vorschlag gemacht. Der Finanzausschuss war von dem Gedanken geleitet, Leipart für seine große, durch Jahre hindurch ohne Entschädigung für die Bank geleistete Arbeit durch diese Ehrengabe seine Dankbarkeit zu bezeugen. Er hand mit dem Wunsch nicht allein, auch eine Reihe von Gewerkschaften hat den Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der seit Jahrzehnten seine ganze Kraft an leitender Stelle in den Diensten der Sache gestellt hat, durch Geldgeschenke geehrt.
2. Der für das Grundstück bezahlte Preis reicht bei weitem nicht an die von der Roten Tafel genannte Summe heran. Die „vornehme Fälschung“, die sich Leipart auf diesem Grundstück auf eigene Kosten bauen ließ, ist ein einfaches Siedlungshaus mit fünf Zimmern.
3. Der Aufsichtsrat der Arbeiterbank hat übrigens in den letzten Monaten beschlossen, seinem Vorsitzenden für die überaus mühselige Arbeit an der Spitze dieses Arbeiterunternehmens eine laufende Entschädigung zu zahlen, die allerdings in freiem Verhältnis zu den Entschädigungen steht, die für die gleiche Arbeit im Aufsichtsrat privatrechtlicher Unternehmen gezahlt wird.

Damit hat der Finanzausschuss der Arbeiterbank nicht nur das bekräftigt, was die kommunistische Presse aufdeckte, sondern neue schwerwiegende Tatsachen zugegeben.

Sicher würde die Öffentlichkeit noch nicht, daß Leipart als Vorsitzender des Aufsichtsrates eine laufende Entschädigung bezieht, deren Höhe leider der falsche Finanzausschuss verheimlicht. Wenn alles so harmlos sein soll, warum nennt man dann nicht einmal diese Summe? Noch am 1. Oktober schrieb der sozialdemokratische „Abend“: „Niemand ist für die große Arbeitsleistung bei der Arbeiterbank ihm ein Pfennig Entschädigung gezahlt worden.“

Den Ehrenmitgliedern vom Finanzausschuss der Arbeiterbank wollen wir auch die Frage stellen, warum die Öffentlichkeit von der Ubergabe des Grundstückes an Leipart nicht unterrichtet worden ist, und warum die Geschäftsberichte der Bank diese Ausgabe nicht unter ihrer richtigen Bezeichnung enthalten? Doch nur deshalb, weil derartige Geschenke unter ehrlichen sozialistischen Kampfergenossen nicht üblich sind, und auch niemals üblich werden können. Das sind Methoden einer korrupten Führerschicht.

Leipart hat sich in Hamburg in die Loge eines Idealisten gehüllt, und die Arbeiter, die gegen den kapitalistischen Staat kämpfen, als „Verbrecher“ beschimpft. Es ist interessant, diesen Idealisten näher zu betrachten.

Bis zu der Zeit, da ihm als Aufsichtsratsvorsitzenden eine laufende Entschädigung bewilligt wurde, hat der Idealist Leipart seine Arbeitskraft der Arbeiterbank angeblich unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Nun, Leipart bezieht immerhin das runde Gehalt eines Mitgliedes des ADB-Bundesvorstandes, ungerichtet seine Nebeneinnahmen als Mitglied öffentlicher Körperschaften.

Die Arbeiterbank besteht seit 1924. Wenn man das Geburtstagsgeschenk von 15 000 Mark auf die bisherigen Jahre des Bestehens der Arbeiterbank verteilt, so kommen richtigegehende Jahresgehälter heraus, die wenige Arbeiter oder Angestellte erzielen. Die „nebenamtliche“ Tätigkeit des Idealisten Leipart wurde also doch sehr reichlich entlohnt. Die freigewerkschaftlichen Funktionäre, die vom Unternehmer Hungerlöhne be-

ziehen, und die ihre freie Zeit mit ehrenamtlicher Tätigkeit für die freien Gewerkschaften ausfüllen, werden von einem Idealismus Leipart nicht entdecken können.

Nun, wir wissen, wer im Finanzausschuss der Arbeiterbank ist, das Urteil dieser Person ist nicht maßgebend.

Aber auch der Vorstand des ADB hat zum Fall Leipart Stellung genommen, und er erklärt folgendes:

„Jede Bank entschädigt den Vorsitzenden ihres Aufsichtsrates. Kollege Leipart hat, wie alle Aufsichtsratsmitglieder, für seine jahrelange, zeitraubende und aufreibende Tätigkeit seine Vergütung erhalten. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben deshalb das „Recht“ lediglich als das betrachteten können, was es ist: eine nachträgliche Anerkennung für eine jahrelange, außerordentlich mühselige Arbeit. Die Mitglieder des Vorstandes haben das begrüßt, wie sie es weiter begrüßen, daß der Aufsichtsrat der Bank eine laufende Entschädigung für seinen Vorsitzenden festsetzte.“

Mit dieser Erklärung deckt der Bundesvorstand die Methoden der Fälschung, Leipart und Kollegen. Er findet alles in Ordnung! Danach ist es wirklich nicht einzuwenden, warum denn ein Laie, ein Grammatiker oder ein Kaufmann nicht ähnliche Geschenke aus angelegentlichem Arbeitergroschen erhalten können. Arbeiten ist etwas wertvoll, aber auch ist etwas nachlässig in der Sache gegen die Opposition? Wir können das nicht finden.

Wären sich doch einmal die sozialdemokratischen Arbeiter vor Augen halten, zu welchen Konsequenzen die Methoden der heutigen ADB-Führer führen müßten. Könnten sie jetzt noch nicht begreifen, warum ein Leipart den heutigen kapitalistischen und imperialistischen Staat als „keinen Staat“ bezeichnet, und warum er die Kommunisten, die sich mit dieser Gesellschaftsordnung nicht abfinden wollen, als „Verbrecher“ beschimpft?

Was die sozialdemokratischen Arbeiter rufen wir die Frage: Wohin soll es führen, wenn auch ihr diese Methoden deckt, dadurch hilft, daß ihr euch während der Leipart, Sackem um, helft? Wer diese Korruption nicht dulden will, der muß den Kampf der gewerkschaftlichen Opposition verstärken und mit dafür sorgen, daß die Leipart und Sackem von ihren Vertrauensposten verschwinden.

Wo ist Korruption?

Die Gelder der sächsischen SPD — Barnat baut Sekretariate

Die Volkszeitung überbringt uns in ihrem Korruptionsbericht gegen die SPD von Tag zu Tag mehr. In Anbetracht der Höhe ist es ganz angebracht, einige Bemerkungen des Volksrates in Erinnerung zu rufen, der damals eine Auseinandersetzung wegen Korruption mit der Volkszeitung hatte. Der Volksrat schrieb am 19. April d. J. an die Adresse der Volkszeitung folgendes:

„An geistiger und tatsächlicher Unabhängigkeit verliert die Sozialdemokratie nicht an die NSD heran.“

Es ist seltsam, daß die Sozialdemokratische Partei überall „Korruption“ wittert, ausgehend die Partei, die eine Reihe von prominenten Führern in ihren Reihen birgt, die einer Schleiter für Sabotagen und sonstige gezielte Einzelverleumdungen und Einschüchterungen erteilen und befürworten, anserachtet eine Partei, die für den Aufbau ihrer sächsischen Parteifunktionäre von Barnat 200 000 Mark in Empfang nahm, ausgerichtet eine Partei, die von demselben Karl Erdmann, gegen den sie jetzt zu Felde zieht, sich Versammlungen bezahlen und für den Wahlsieg auf 250 000 Mark geben ließ; ausgerichtet eine solche Partei schreibt über die Korruption — der anderen.“

Weiter schreibt Worobowitsch im Volksstaat: „Wahr ist, daß ich sagte: Die SPD ist es, die vor den Wahlen 1928 von Herrn Erdmann 250 000 Mark erhalten.“

Munition gegen Panzerkreuzerbau

Weitere Resultate:

Seiffenroderstr.	20,85 M.
Stadtteil 4 (2. Abteilungsabteilung)	70,— M.
Coffenbaude	39,70 M.

131000 Mark unterschlagen, bleibt aber Mitglied der SPD

Verdächtige Empörung herrscht in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter Münchens über die in den letzten Tagen bekanntgewordene Tatsache, daß der sozialdemokratische Bezirksvorstand von Oberbayern es bisher abgelehnt hat, den früheren Leiter des Panzerkreuzerbauvereins, Georg Murbach, der sich schwerer Unterschlagungen als Vorsitzender des Klein-Wohnungsbaureins Münchens schuldig machte, aus der SPD auszuschließen. Die bisher bekanntgewordene Summe, die Murbach in der kurzen Zeit von einem Jahre als Genossenschaftsvorstand an sich brachte, beträgt 131 000 Mark. Wie weiter bekannt wurde, ist der größte Teil dieser Summe von Murbach in Weinlagen, Gen mit seinen sozialdemokratischen Freunden und durch Gewährung von Darlehen an ebenfalls wegen Unterschlagungen und Betrugereien aus Arbeiterorganisationen ausgeschlossenen Sozialdemokraten drausgegangen. Aber Erhardt Muer und die Claqueur um ihn lassen ihren Freund und Schützling Murbach nicht fallen.

Diese Partei aber kann sich heute nicht genug tun in der Sache gegen die „korruptierte“ SPD. Die Arbeiter wissen, was sie von dieser Sache zu halten haben.

Ziel dieser Apfel weit vom Baum?

Im Chemnitzer DMB, dessen Ortsverwaltung eine reformistische Mehrheit aufweist, wurde vor einiger Zeit ein schwerer Diebstahl verübt. Nachdem die Sache aufgedeckt war, wurde ein öffentliches Kommuniqué ausgeben, worin zwar der Einbruch zugegeben, aber gleichzeitig das Wichtigste verheimlicht wird: daß nämlich der eine der Einbrecher, der Sohn des Sozialdemokraten Strobel, festgesetzt wurde. Der Kämpfer im Chemnitzer DMB:

„Warum verschweigt Arthur Strobel, daß der Täter, der die Geldbeträge aus der Kasse des DMB gemahnt hat, sein eigener Sohn ist. Derielbe, den Arthur Strobel gemahnt zum Ehrenmitglied des DMB ernannte, indem er ihm ein Mitgliedsbuch des DMB überreichte. Vielleicht ist auch deswegen verheimlicht, wenn er in der Volkszeitung seinen Strafiling in milderem Lichte erscheinen lassen möchte, indem er bemerkt, daß die jungen Leute vielleicht mehr aus Versehen, denn aus Schuldbewußtsein und mit Vorbedacht“ gehandelt hätten.“

Angehts der stiftigen Verleumdungskampagne gegen die SPD als „Korruptionspartei“ ist es wichtig, darauf hinzuweisen, wie in der kommunistischen Partei und umgekehrt wie bei ihren Verleumdern tatsächlich Korruptionsfälle behandelt werden. Hier thematisierende Aufdeckung und Sühne — dort dagegen Vertuschung und Verleumdung selbst krimineller Fälle.

hat, worüber eine von Dr. Braun unterzeichnete Culturg vorliegt.“

Diese Partei, die sich von ihren ehemaligen Sekretären die Annahme der Unternehmungen beschleunigen lassen müßte, schreibt über Korruption. Die SPD hat aber gezeigt, daß sie keine Korruption duldet. Bei der SPD ist sie übliche Erscheinung.

Der „Schwamer“ Thälmann

Die sozialdemokratische Presse bringt getrennt eine neue Schwindelmeldung. Sie schreibt, es sei jetzt festgestellt, daß Viktor der Schwamer Thälmann sei. Diese Meldung ist absolut erlogen. Mit diesem neuen Schwindel soll der Eindruck erweckt werden, als sei Genosse Thälmann an der Unterschlagung beteiligt. Wir helfen aber nochmals fest: Thälmanns Reichthum besteht darin, daß er nicht sofort mit aller Schärfe gegen Witterung vorgegangen, sondern einen günstigeren Zeitpunkt für die Regelung abwarten wollte. Die SPD kann und wird aber eine solche Haltung nicht billigen. Sie räumt mit der Korruption auf. Deswegen war das Verhalten Thälmanns ein politischer Fehler. Wegen diesem wurde er von Reichthum gezogen. Wie man die Dinge in der SPD zeigen die an anderer Stelle gebrachten Meldungen.

Ausgeschlossen, weil er über den Panzerkreuzerbau abstimmt

Der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Essen des DMB, Weimann, hat allen Mitgliedern, die über eine Resolution zum Panzerkreuzerbau abstimmen ließen, mit „natürlichen Folgen“ gedroht.

In Weimann ist gegen den Genossen Schmitt ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden, weil er in einer Versammlung über eine Resolution abstimmen ließ, die zum Panzerkreuzerbau Stellung nahm.

Der Ausschlußerror im DMB wird auf die Spitze getrieben. Metallarbeiter, geht auch zur Wehr, es geht um die Einheit einer Organisation!

Hast Du Dich schon eingezeichnet?

Benutze die ersten Tage / Einzeichnung von 11 bis 20 Uhr